

Juni

Prof. Dr. Joachim Schild im Gespräch

(Professur „Vergleichende Regierungslehre“ und Jean-Monnet-Lehrstuhl)

Krise und Zusammenhalt - Wohin steuert die EU?

Im Juni kam der Europäische Rat, also alle Staats- und Regierungschefs der EU, zusammen, um über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu beraten. Klassischerweise ergibt sich dieses Politikfeld als dasjenige, wo es am schwierigsten ist, einen Konsens zu finden, weshalb es nach wie vor nicht von Nationalstaatsebene auf die EU-Ebene abgegeben wurde. Ist vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine nun eine inhaltliche Näherung zu beobachten bei dem Thema?

Joachim Schild: Ja, aber es kommt darauf an, wo man hinschaut. Die Wahrnehmung gegenüber Russland hat sich deutlich angenähert: frühere Differenzen zwischen etwa Polen und Deutschland, z.B. wegen Nord Stream 2, sind kleiner geworden. Die Gefahreinschätzung Russlands – über die Ukraine hinaus – ist heute weitgehend konsensfähig, mit Ungarn als Ausnahme. Die Sanktionspolitik setzte bereits einen Tag vor dem Angriff ein und wurde in zahlreichen Sanktionspaketen, inzwischen neunzehn, trotz Widerständen gemeinsam beschlossen. Regionale Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung – die sieht man im Baltikum anders als an der Algarve – bestehen zwar, lähmen die EU aber nicht. Auch bei der militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine bestand bisher ein breiter Konsens. Auch traf die EU recht

schnell im Jahr 2022 die Entscheidung, eine Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine zu eröffnen, hinsichtlich derer es zuvor erhebliche Bedenken gab. Gleichzeitig bleibt klar, dass EU-Mitgliedstaaten die zentrale Aufgabe kollektiver Verteidigung weiterhin der NATO zuschreiben. Solange die US-Präsenz und -Garantie als verlässlich gelten, wird sich das nicht ändern.

Sie beziehen die gestiegene Geschlossenheit der EU hinsichtlich der GSVP auf den Kontext der Ukraine. Beobachten wir aber auch über den geopolitischen Fokus auf Osteuropa eine zunehmende Annäherung in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU – die Welt ist ja schließlich noch größer?

Joachim Schild: Die Bedrohung durch Russland und die Kriegserfahrungen in der Ukraine haben bisher nichts daran geändert, dass die GSVP intergouvernemental organisiert wird. Auch die Arbeitsteilung zwischen EU und NATO ist gleichgeblieben. Neu ist jedoch der Aufbau finanzieller Instrumente für die GSVP, etwa Anreize für Rüstungskooperation, die weit über den Bezug auf Osteuropa hinausreichen. Im Mai wurde z.B. das Programm „SAFE“ (Security Action for Europe) verabschiedet, das bis zu 150 Milliarden Euro an Darlehen für gemeinsame Rüstungsbeschaffung und Kapazitätsaufbau bereitstellt. Wie stark dieses, durch Schulden finanzierte und über

den Haushalt abgesicherte Instrument genutzt wird, wird sich zeigen. Diese europäischen Finanztöpfe stärken die Verteidigungsfähigkeit über den aktuellen Konflikt hinaus.



Europa hält zusammen (KI-generiert mit OpenAI. Version GPT-4o mit DALL-E 3)

Das bedeutet, es gibt (noch) keine Bereitschaft für eine supranationale [d.h. überstaatlich, mit bindenden Entscheidungen gegenüber den Mitgliedstaaten; A.d.R.] GSVP, die z.B. auch eine Europäische Armee beinhalten könnte?

Joachim Schild: Nein, die gibt es nicht. Diese Diskussion ist im Grunde nicht geführt worden. Die Rolle der EU ist es, die Kooperation zwischen Mitgliedstaaten und die Verteidigungsproduktion zu stärken und unabhängiger von Rüstungslieferungen, vor allem aus den USA, zu werden. Bei gemeinsamen Beschaffungen, die mit EU-Mitteln gefördert werden, dürfen maximal 35 % für Käufe bei Herstellern aus Nicht-EU-Staaten genutzt werden. Im Kernbereich der militärischen Zusammenarbeit bleibt es jedoch bei einem rein intergouvernementalen Ansatz.

Wie ist zu erklären, dass selbst bei einer handfesten Bedrohungslage, die Mitgliedstaaten trotzdem eine weitere Europäische Integration, also institutionelle und inhaltliche Vergemeinschaftung, nicht vorantreiben wollen? Wann wenn nicht unter diesen Umständen, ist es Zeit enger zusammenzuarbeiten?

Joachim Schild: In der Literatur wurde das diskutiert. Ein realistisches [d.h. macht- und sicherheitsorientiertes; A.d.R.] Argument war, dass eine gemeinsame Wahrnehmung einer existenziellen Bedrohung der EU nötig wäre, um supranationale Integration voranzutreiben. Spanien, Portugal und andere südeuropäische Länder sehen sich derzeit nicht existenziell durch Russland bedroht. Entscheidend ist zudem, für wie verlässlich der NATO-Rahmen gehalten wird. Eine Kombination aus existenzieller Bedrohung und einem erkennbaren Ende der amerikanischen Sicherheitsgarantie wären die Faktoren, die eine stärkere Verteidigungsintegration denkbar machten. Als Ursula von der Leyen kürzlich eine europäischere Verteidigungsplanung bei Luftverteidigung und Drohnenabwehr initiieren wollte, kamen sofort Widerstände der Mitgliedstaaten: Verteidigungsplanung sei NATO-Sache. Dieser mögliche Integrationsschritt wurde damit nicht vollzogen; die Grenze wurde klar markiert.

Ein Blick in das Innenleben der EU ließe vermuten, dass die EU doch noch enger zusammenwachsen könnte: Die Konferenz zur Zukunft Europas, die unter breiter Bürgerbeteiligung den Anstoß für einen europäischen Konvent, also ein Vertragsveränderungsprozess, gegeben hat und darüber hinaus viele konstruktive Vorschläge für weitere Kooperationen und Vergemeinschaftungen gemacht hat, ist im Ergebnis versandet. Der Europäische Rat ist der Aufforderung, einen Konvent einzuleiten nicht nachgekommen. Warum nicht?

Joachim Schild: Die französische Ratspräsidentschaft hat diese Diskussion vorangetrieben, auch als politische Einzahlung auf ihr eigenes Konto. Realistisch besteht aber bei vielen Staaten kein Interesse an Verfassungs- oder Vertragsreformen, weil sie keine tiefere Integration wollen. Vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wollen sie ihr Vetorecht behalten; Akteure wie Orban in Ungarn oder Fico in der Slowakei werden es nicht aufgeben, auch weil sie es als Druckmittel in politischen Diskussionen und Verhandlungen nutzen können. Selbst integrationsfreundlichere Staaten haben wenig Appetit auf Vertragsverhandlungen mit möglicher Ratifizierungskrise und einer erneuten EU-Krise. Die schwierigen Ratifizierungsprozesse früherer Reformen wirken da abschreckend.

Bedeutet das nüchtern betrachtet, dass seit dem Vertrag von 2007 keine weiteren integrationsvertiefenden Vertragsänderungen erfolgt sind und der Integrationsprozess damit faktisch stagniert?

Joachim Schild: Nein, die Vertiefung europäischer Integration braucht nicht immer

eine Vertragsänderung. Integrationschritte können auf verschiedene Weisen erfolgen. Vertragliche Zuständigkeitsverschiebungen würden Reformen erfordern, aber der Aufbau gemeinsamer Kapazitäten – etwa finanzielle Instrumente in der Ukraine-Krise oder gemeinsame militärische Fähigkeiten – sind auch Integrationschritte. Gleiches gilt für neue oder gestärkte Institutionen im Bereich Cybersicherheit und Cyberabwehr. Diese Schritte sind bescheiden, aber real. Auch die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um nationale Verteidigungsinvestitionen zu ermöglichen, ist eine europäische Initiative zur Stärkung nationaler Fähigkeiten. Die Zusammenarbeit in der EU und integrative Schritte benötigen daher nicht unbedingt eine formal vertragliche Veränderung.

Das heißt, während strukturelle Integration über Vertragsänderungen kaum vorankommt, nimmt die inhaltliche und institutionelle Kooperation zu. Gleichzeitig wächst europaweit rechtspopulistische Skepsis gegenüber weiterer Integration, teils bis hin zu Austritts- oder Rückabwicklungsforderungen. Ist angesichts einer möglichen weiteren Erstarkung rechtspopulistischer Parteien eher ein Abbau europäischer Integration zu erwarten, oder würden selbst diese Akteure am Status quo festhalten?

Joachim Schild: Es kommt darauf an, welche Rechtspopulisten wo regieren. Ausbau von Integration und Desintegration schließen sich nicht aus; Eurozonen- und Migrationskrise zeigen diese Parallelität: Schritte zu stärkerer supranationalisierter Governance in der Eurokrise einerseits, wieder eingeführte Grenzkontrollen im Schengen-Raum

als desintegrative Entwicklung andererseits. Mit Akteuren wie Orban oder Fico kann die EU durchaus weiter bestehen, ohne zu zerfallen. Würden jedoch Jordan Bardella oder Marine Le Pen vom Rassemblement National in Frankreich Regierungsverantwortung übernehmen, könnte von dort aus eine erhebliche Desintegration vorangetrieben werden.

Wäre bei Rechtspopulisten oder Rechtsextremen eher ein Umbau der EU nach ihren Interessen zu erwarten oder ein kompletter Rückbau der EU? Läge die Auflösung der EU tatsächlich in ihrem Interesse?

Joachim Schild: Viele Rechtspopulisten und Rechtsextreme wissen, dass ein Austritt oder die Zerstörung der EU innenpolitisch wahrscheinlich keine mehrheitliche Unterstützung bekäme. In vielen Ländern gibt es trotz erheblicher Kritik an der EU keine ernstesten Bestrebungen auszutreten. Daher setzen Rechtsaußenparteien auf eine massive Veränderung der EU von innen – seit Jahren die Linie Orbans und anderer. Das führt zu Blockaden und verhindert Weiterentwicklung. Gleichzeitig droht die Verzahnung der nationalen und europäischen Ebene schlechter zu werden: In Frankreich wären zentrale Programmpunkte des Rassemblement National europarechtlich nicht umsetzbar. Möglich wäre daher, dass ein wichtiger Mitgliedstaat Europarecht in bestimmten Bereichen ignoriert und abwartet, bis Fälle vor dem Europäischen Gerichtshof landen. Das würde erheblichen Sand ins Getriebe der EU bringen – wie bereits in den Rechtsstaatskonflikten mit Po-

len und Ungarn, wo die Reaktionsmöglichkeiten der EU schwierig und langwierig waren.

Ist es denkbar, dass bei mangelnder Geschlossenheit verstärkt „Koalitionen der Willigen“ entstehen und sich fragmentierte Kooperationsformate bilden, in denen nur die jeweils handlungsbereiten Staaten weiter vorangehen?

Joachim Schild: Ja, das sieht man bereits. Frankreich, Deutschland, teils Italien und Großbritannien arbeiten in der Ukrainediplomatie eng und regelmäßig zusammen. Die Programme zur gemeinsamen Rüstungsbeschaffung sind ausdrücklich für Partner außerhalb der EU – etwa Großbritannien, die Ukraine oder EFTA-Staaten – geöffnet. Ein flexibler Umgang mit internen Blockaden durch Gruppenbildung wird an Bedeutung gewinnen. Wo vertragsrechtlich kaum Integrationsschritte möglich sind, entstehen Umgehungsformen wie die außerhalb des EU-Haushalts geschaffene Europäische Friedensfazilität. Auch Ungarns Vetos wurden in mehreren Fällen umschifft. Solche Gruppenbildungen und Koalitionen der Willigen sind zu erwarten und sinnvoll, wenn die Alternative Stillstand wäre.

Wenn es also durchaus eine Reihe von Kooperationsformaten gibt, kann man vorsichtig optimistisch in die Zukunft der EU blicken?

Joachim Schild: Die Handlungsfähigkeit in der außen- und sicherheitspolitisch stark intergouvernementalen EU kann durch flexible Formate gewahrt und ausgebaut werden. Was sich auf europäischer Ebene durchsetzen lässt, sollte im Unionsverbund erfolgen; anderes funktioniert dort nicht.

Krisendiplomatie etwa wird nicht von Kaja Kallas im Namen aller Mitgliedstaaten betrieben werden können, sondern bleibt Sache mitgliedstaatlicher Führung und Kooperation, während gemeinschaftliche Instrumente in anderen Bereichen ausbaufähig sind. Mit zusätzlichen Erweiterungen – Westbalkan, langfristig Ukraine und Moldau – werden solche Gruppenbildungen zunehmen, weil die innere Kohäsion der EU mit jeder Erweiterung tendenziell sinkt.

Das klingt – sehr typisch wissenschaftlich - differenziert.

Joachim Schild: Die Zukunft ist nun mal offen.

Herr Schild, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führten *Marius Minas* und *Oliver Drewes* am 18. November 2025.